

## Kraftwerke sollen trotz Verlust am Netz bleiben

Regierung plant Erzeuger zur Produktion zu zwingen / EU rüffelt Bundesnetzagentur im Streit mit Tennet

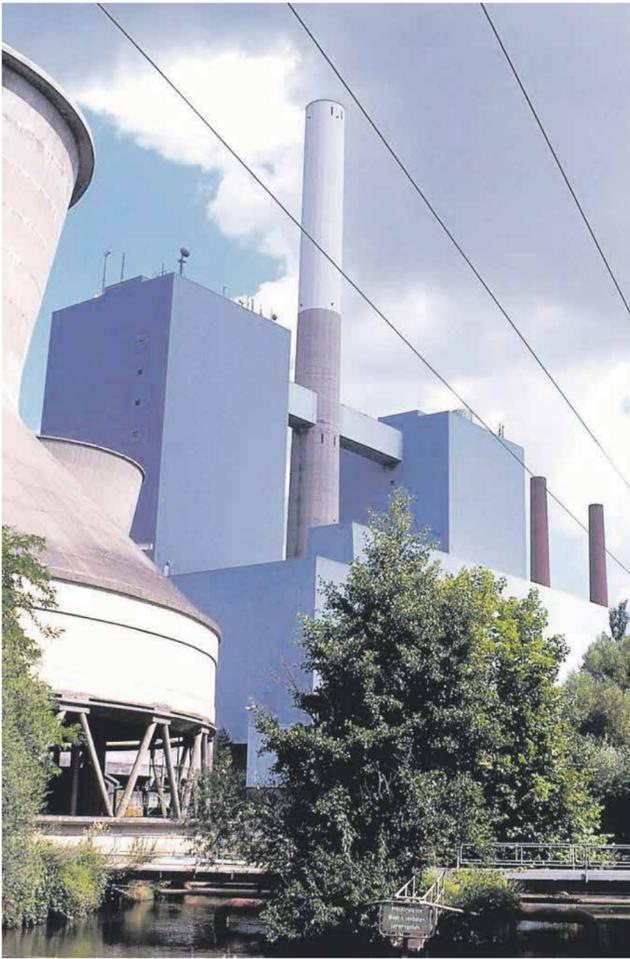
ami. BERLIN, 16. September. Aus Sorge vor Stromausfällen im nächsten Winter will die Bundesregierung Energieerzeuger zwingen, Kraftwerke auch dann am Netz zu lassen, wenn sie damit kein Geld verdienen. Die Vorbereitungen dafür sind weit gediehen. Ein Sprecher des Bundeswirtschaftsministeriums sagte, man sei „jederzeit in der Lage, durch schnelle gesetzliche Änderungen die Versorgung sicherzustellen“. Das Ministerium spreche mit den Betreibern über freiwillige Selbstverpflichtungen. Doch habe die Versorgungssicherheit absolute Priorität.

Konkret geht es um eine neue Pflicht der Betreiber, für die Versorgung wichtige Kraftwerke erst nach einer einjährigen Anmeldefrist abschalten zu dürfen. In der Unions-Fraktion des Bundestages wird erwartet, dass die Änderung im Rahmen der Novelle des Energiewirtschaftsrechtes eingebracht wird, mit der die Verbraucher die Haftung für Offshore-Windanlagen übernehmen sollen.

In der Energiebranche ist man über das Vorhaben empört und warnt vor einem abermaligen Eingriff in Eigentumsrechte der Unternehmen. Denn sie fürchten, für die angeordnete Zwangsreserve nicht angemessen entschädigt zu werden. Gespräche mit der Bundesnetzagentur über die Finanzierung solcher Reservekapazitäten seien ergebnislos geblieben. Eine während eines Treffens bei Bundeskanzlerin Angela Merkel (F.A.Z. vom 14. Mai) angelegte Selbstverpflichtung der Branche, die bereit wäre, Abschaltungen sechs Monate im Vorhinein anzukündigen, war im Wirtschaftsministerium zurückhaltend aufgenommen worden.

Dort hieß es am Sonntag, bis heute bestünden in der Branche unterschiedliche Ansichten zur genauen Ausgestaltung einer solchen Erklärung. Bislang liege auch kein abschließender Entwurf der Branchenverbände BDEW und VKU vor. Eine freiwillige Selbstverpflichtung der gesamten Branche dürfe zudem nicht an komplexe Bedingungen geknüpft werden, die die Sicherheit der Kraftwerkskapazitäten gefährdeten.

Der in der Branche als „Diskussionspapier“ bezeichnete Text war von den Verbänden BDEW und VKU erarbeitet wor-



Volldampf: Eons Kraftwerk Franken 1 in Frauenaurach bei Erlangen Foto ddp images/dapd

den. Grund für die Probleme ist der wachsende Ökostrom-Ausbau. Der macht den Betrieb von Gas- und Kohlekraftwerken zunehmend unrentabel. Deshalb wollen die Eigentümer sie abschalten und Kosten sparen. Doch werden diese Anlagen, da nicht von Sonne und Wind abhängig, für die Versorgungssicherheit benötigt. Die Netzagentur hat eigens eine Liste mit unverzichtbaren Kraftwerken angelegt.

Die größte Gefahr für die Versorgung droht in Süddeutschland, wo nach dem Abschalten mehrerer Kernkraftwerke die Netzstruktur unsicher ist. Deshalb zielt der Vorstoß der Regierung auf die großen Stromproduzenten Eon und ENBW sowie auf kommunale Großversorger wie in München und Mannheim. Schon im Februar hatte es bei tiefen Temperaturen Engpässe gegeben.

Unterdessen hat die Bundesregierung im Streit um die neuerliche Zertifizierung des Übertragungsnetzbetreibers Tennet eine Schlappe erlitten. Die EU-Kommission wies das Vorhaben der Bundesnetzagentur zurück, Tennet wegen fehlender Finanzmittel nicht mehr für den Netzbetrieb zuzulassen. Eine solche Verweigerung, die auch das Wirtschaftsministerium angedroht hatte, lasse sich „nicht mit den Bestimmungen der Stromrichtlinie rechtfertigen“, heißt es in der dieser Zeitung vorliegenden Stellungnahme der EU-Kommission. Denn die Verordnung verlange nicht, dass ein eigentumsrechtlich entflochtener Netzbetreiber wie Tennet über alle finanziellen Ressourcen verfüge, die er zur Erfüllung seiner Aufgaben benötige. Zudem erkenne die EU an, dass Tennet bedeutende Investitionen vorgenommen habe. „Die Kommission fordert daher die Bundesnetzagentur auf, den Antrag der Tennet erneut zu prüfen.“

Tennet-Geschäftsführer Lex Hartmann zeigte sich gegenüber dieser Zeitung zuversichtlich, dass man alle für die Zertifizierung erforderlichen Bedingungen erfüllen werde. Die Netzagentur habe nun zwei Monate Zeit, eine endgültige Entscheidung zu treffen. Tennet hatte Ende 2011 auf Finanzierungsprobleme für den Ausbau neuer Leitungen hingewiesen. Diese sollen mit der neuen Haftungsregel für Meereswindparks nun gelöst werden.

Frankfurter Allgemeine  
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

### Preis-Fragen

Von Heike Göbel

Was muss Deutschland die Euro-Rettung wert sein? „Die Konsequenz wird schlussendlich Inflation sein“, sagt unmissverständlich der Co-Chef der Deutschen Bank Anshu Jain. Und fügt an, dies sei „ein Preis, den wir für Europa zahlen werden müssen“. Nicht ganz so klar ist der Außenminister. Guido Westerwelle sprach in dieser Zeitung am Samstag zwar davon, dass „auch wir Deutsche am Ende einen Preis für die Überwindung der Krise gezahlt haben werden“. Worin dieser Preis liegt, verrät der FDP-Mann vorsichtshalber nicht. Sonst müsste er, wie Jain, zumindest die Möglichkeit nennenswerter Inflation ernsthaft in Betracht ziehen. Das aber passe dann schlecht zu seiner im selben Gespräch geäußerten Feststellung: „Die Stabilität unserer Wirtschaft hängt entscheidend von der Stabilität unserer Währung ab.“ Wenn dieser Satz stimmt, woran man besser nicht zweifelt, dann ist es unverständlich, warum die Liberalen weiter für ein Rettungsszenario werben, das mit wachsender Wahrscheinlichkeit in Inflation mündet. Wie schrieb FDP-Fraktionschef Rainer Brüderle unlängst? Inflation sei die „asozialste Steuer“, weil sie Sparer, Rentner und Arme besonders treffe. Dem ist nichts hinzuzufügen.

### Rat von außen

Von Werner Mussler

Die Diskussion über die Euro-Bankenaufsicht war bisher eine im Euroraum hinlänglich bekannte Nord-Süd-Debatte: Länder wie Spanien dringen auf möglichst rasche Rekapitalisierung ihrer Banken durch den Krisenfonds ESM, Länder wie Deutschland wollen das möglichst lange verhindern. Weil die Staats- und Regierungschefs des Euroraums eine funktionierende Aufsicht zur Voraussetzung der Bankenrekapitalisierung ausgerufen haben, geriet die Debatte zur Stellvertreterdiskussion. Die einen wollen die Aufsicht der Euro-Banken möglichst schnell, die anderen möglichst lange nicht. Es ist vor diesem Hintergrund zu begrüßen, dass auch die Nichteurostaaten in die Diskussion geäußert werden. Sie stellen den Streit langsam vom Kopf auf die Füße, indem sie zentrale aufsichtsrechtliche Fragen in den Mittelpunkt stellen. Länder wie Schweden und Polen melden nicht nur (berechtigte) eigene Interessen an. Sie erinnern die Eurostaaten auch daran, dass eine mit heißer Nadel gestrickte Bankenaufsicht nicht wert ist, die Glaubwürdigkeit der Europäischen Zentralbank aus Spiel zu setzen. Es ist ein gutes Zeichen, dass der Bundesfinanzminister mittlerweile ähnliche Argumente ins Feld führt.

### WIRTSCHAFTSBEWERTUNG

Von Christoph Ruhkamm

Wenn sich in diesen Tagen die Spitzenleute der Nutzfahrzeugindustrie zur wichtigsten Branchenmesse IAA in Hannover treffen, dann gibt es wahrlich keinen Grund, die Sektorkorken knallen zu lassen. Die Her-

zeugindustrie aber noch auf einer Insel der Seligen. Während die Autohersteller den CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis zum Jahr 2020 um etwa ein Drittel senken müssen, gibt es bisher nur für die kleineren Lieferwagen und Transporter kla-

ANZEIGE

## Frankfurter Allgemeine Forum

INSELN DER AUFMERKSAMKEIT

# WOHIN ROLLT DER BALL?

Der Fußball ist ein florierender und globaler Wirtschaftssektor. Das ist aber nicht nur mit Chancen, sondern auch mit Risiken verknüpft. Auf dem International Frankfurt Football Summit 2017 diskutierten Vertreter aus Klubs, Verbänden und aus der Wirtschaft über die Zukunft des Sports.

Experten einer renommierten Wirtschaftsberatung wollen herausgefunden haben, dass der Profifußball durchschnittlich zehnmal so schnell wächst wie die deutsche Industrie. Am ersten Spieltag der neuen Bundesliga-Saison wurde ein neuer Zuschauerrekord in den Stadien aufgestellt. Acht Millionen Menschen sahen das Eröffnungsspiel zwischen Bayern München und Bayer Leverkusen vor dem Fernseher. Insgesamt interessieren sich hierzulande 40 Millionen Menschen für die Geschehnisse rund um

die Bundesliga. Eine Rezession ist in naher Zukunft laut einer Studie der Deutschen Fußball-Liga (DFL) nicht in Sicht. F.A.Z.-Herausgeber Holger Steltzner legte in seiner Eröffnungsrede beim International Frankfurt Football Summit mit einigen Zahlen und Fakten dar, dass der Fußball nicht nur längst ein fester Bestandteil in der Mitte der deutschen Gesellschaft, sondern auch eine globale Angelegenheit und ein florierender Wirtschaftssektor in der ganzen Welt ist. Diese Entwicklung ist jedoch nicht nur mit Chancen, sondern auch mit wirtschaftlichen und gesellschafts-

politischen Herausforderungen verknüpft. Viele Anhänger und Verantwortliche befürchten, dass der Fußball durch die immer weiter fortschreitende Kommerzialisierung irgendwann seine Seele verliert, eine irreversible Entfremdung zwischen Spitze und Basis stattfindet. Internationale Entscheidungsträger aus Klubs, Verbänden sowie Vertreter von branchenspezifischen Unternehmen aus der Wirtschaft diskutierten in der Fußball-Konferenz des Frankfurter Allgemeine Forums über die Perspektiven und Risiken, auf die der globale Sport zusteuert. Oder wie Holger Steltzner es formulierte: „Wohin rollt der Ball?“

### Finanz-Doping Die europäische Klubgemeinschaft droht sich zu spalten

Ein Thema, das sowohl an der Spitze als auch an der Basis des Fußballsports nicht nur auf viele Diskussionen, sondern meist auch auf großes Unverständnis stößt, sind die explodierenden Ablösssummen auf dem Spieler-Transfermarkt. Der Transfer des Brasilianers Neymar vom FC Barcelona zu Paris Saint-Germain übertraf in diesem Sommer selbst die kühnsten Erwartungen darüber, wo sich diese Spirale noch hinbewegen könnte. Die eigentlich als Phantasiesumme

gedachte Ausstiegsklausel über 222 Millionen Euro bezahlte der französische Klub mit Geldern aus Qatar. Dafür ist Neymar nun offiziell Botschafter für die WM 2022. Das von der Uefa als striktes Regulierungsinstrument eingeführte Financial Fairplay (FFP) scheint vielen ad absurdum geführt. Es sollte eigentlich mehr Transparenz, mehr Chancengleichheit und fairen Wettbewerb gewährleisten. In der Realität ist nun das Gegenteil der Fall: Zwischen den Vertretern werden emotionale und teils laute Debatten geführt. Der spanische Ligapäsident Javier Tebas kritisierte die Vorgehensweise von PSG scharf. Ihm ginge es jedoch nicht um den Neymar-Transfer im Speziellen, sondern um „Finanz-Doping“ im Allgemeinen. Neben PSG benannte er auch Manchester City, das finanzielle Unterstützung aus Abu Dhabi erhält, als einen Klub, der durch jene auswärtigen Gönner Sponsoreinnahmen generiere, die nicht marktgerecht seien und damit gegen das FFP verstießen. „Eine Schande, dass solche Vereine weitaus mehr Sponsorengelder nehmen als etablierte Spitzenklubs wie der FC Barcelona oder Bayern München“, sagte er und fügte hinzu: „Es ist kein Wunder, dass genau diese beiden Klubs seit ihrer Übernahme jeweils rund eine Milliarde Euro für neue Spieler ausgegeben haben – weit mehr als alle anderen.“ Daraus folge, dass nicht nur der Wettbewerb verzerrt und der Fußball destrukтуриert würde, sondern auch eine Inflation auf dem Transfermarkt.

### Hat Deutschland eine zu romantische Sicht auf den Fußball?

Auch Karl-Heinz Rummenigge, der Vorstandsvorsitzende des FC Bayern, warnte vor „nicht mehr nachvollziehbaren Transfersummen“. Das FFP sei ein „stumpfes Schwert“, das dringend von Klubs und Politik reformiert werden müsse, damit wieder mehr Rationalität in den Fußballsport einkehre. Die Bereitschaft dazu sei in der europäischen Klubgemeinschaft nach dem Neymar-Transfer durchaus gestiegen. In Hinblick auf die 50+1-Regel, eine Vorschrift in den Statuten der DFL, die es Investoren untersagt, die Stimmfreiheit bei in Kapitalgesellschaften ausgegliederten Profimannschaften zu übernehmen, sagte er: „Deutschland hat eine romantischere Sicht auf den Fußball als andere Länder. Die große Frage wird sein, wie lange wir uns diesen Luxus noch leisten können.“ Er selbst sehe den Wettbewerb nicht mehr aus nationaler, sondern längst aus internationaler Perspektive. Ähnlich argumentierte auch Axel Hellmann, Vorstandsvorsitzender von Eintracht Frankfurt. Der Klub arbeite an einer Expansion auf dem chinesischen Markt. Trainer würden in einem Programm nach China entsendet werden, um den Fußball dort weiterzuentwickeln. Dadurch

steige auch die Bekanntheit der Klubs. Zusätzlich von Vorteil sei der Finanzplatz Frankfurt, durch den eine gute und tiefe Verbindung nach China bestehe. Die 50+1-Regel war dann in der wohl am kontroversesten geführten Debatte des Tages wieder das große Thema. Für Martin Kind, Präsident von Hannover 96 und einer der größten Kritiker der Regel, sei diese „deutsche Besonderheit schon bei der Einführung nicht in ihrer Problematik zu Ende gedacht worden“. Die Abschaffung von 50+1 sei alternativlos. „Fußballvereine sind heute Wirtschaftsunternehmen, nichts anderes“, so Kind. „Das Kapital muss die Entscheidungen treffen, denn es trägt das wirtschaftliche Risiko.“ Andreas Rettig, Sportdirektor beim Zweitligaklub FC St. Pauli, lehnt dies kategorisch ab: „Die 50+1-Regel ist nicht nur wirtschaftlich und rechtlich zu sehen, sondern auch eine sportpolitische Aussage, die die Verbandsautonomie stärkt.“ Mitgliedsbeiträge in Vereinen seien Mitbestimmung und Teilhabe. Mit der Abschaffung von 50+1 würde diese Teilhabe der Mitglieder verlorengehen. Auch das Ehrenamt sei in Gefahr. Für Jörg Wulfsen, Partner bei PricewaterhouseCoopers, sei die Regel in der Praxis „bereits tot“. Allerdings bedürfe es einer neuen Regulierung. Denn: „Wenn der Fußball ohne Kontrolle auf die Wirtschaft losgelassen wird, ist klar, wer verliert.“



PARTNER



UNTERSTÜTZER



Text: thue, Fotos: Klaus Weddig

www.faz-forum.com/fussball2017  
@faz\_forum  
#fussball2017